

Deutsche Christliche Demokraten in der Europäischen Kommission und ihr Wirken in politischen Netzwerken

Burkard Steppacher

Um das Besondere des europäischen Einigungsprozesses im Rahmen der Europäischen Union und ihrer vertraglichen Vorläufer EGKS, EWG, EAG und EG im Gegensatz zu anderen politischen Einigungsprojekten zu verstehen, ist es hilfreich, die Europäische Kommission in den besonderen Fokus zu nehmen. Die personelle Zusammensetzung der Kommission, ihre Stellung als Organ im europäischen Institutionengefüge und ihre Arbeitsweise machen deutlich, was mit dem im Zusammenhang mit der EU oft zitierten Schlagwort einer Gemeinschaft „sui generis“ gemeint ist.

„Es ist ein eigen Ding...“ – Stellung, Auftrag und Entwicklungsstadien der Kommission im Institutionengefüge der EU

Die Kommission steht bei ihrem Handeln in einem permanenten Spannungsverhältnis zwischen supranationaler Gestaltungskraft und mitgliedstaatlicher Rückbindung. Schon vom Gründungsgedanken her startete die Kommission bzw. ihr Vorläufer, die Hohe Behörde der Montanunion, als eine supranationale Einrichtung „aus unabhängigen Persönlichkeiten, die (...) von den Regierungen ernannt werden“.¹ Seit 2007 besteht die Kommission aus 27 Mitgliedern (umgangssprachlich „Kommissare“ genannt) mit dem Kommissionspräsidenten an der Spitze², unterstützt werden sie in den derzeit

1 Erklärung Robert Schumans vom 9. Mai 1950; dt. Übers. abgedr. in: Robert Schuman: Für Europa. 2. Aufl. Paris u. a. 2010, S. 145–156, hier S. 150. – Entsprechend auch die Passage in Robert Schuman: Pour L'Europe (1963): „Die Verwaltung der Gemeinschaft wurde einer Hohen Behörde übertragen, die im Rahmen des Statutes über eine von jeder nationalen, gouvernementalen oder legislativen Autorität unabhängiges Entscheidungsrecht verfügte. In diesem Sinne kann man von einer übernationalen, durch eine übernationale Rechtsprechung geschützte Autorität sprechen.“ Zitiert nach der dt. Übersetzung in: Robert Schuman: Für Europa, S. 101.

2 In der Literatur ist strittig, inwieweit der Kommissionspräsident dabei im Spannungsverhältnis der Kommission zwischen Kollegialprinzip und Ressortprinzip eher der „primus inter pares“ oder die „Leitfigur“ nach innen wie außen ist. Vgl. u. a. Sabine Staeglich: Der Kommissionspräsident als Oberhaupt der Europäischen Union. Berlin 2007; zuvor schon Paul F. Nemitz: Europäische Kommission: Vom Kollegialprinzip zum Präsidialregime?, in: Europarecht 5 (1999), S. 678–686.

33 Generaldirektionen sowie Diensten, Ämtern und Agenturen³ der Kommission von inzwischen rund 33.000 Kommissionsmitarbeitern.⁴ Beide Ebenen sollen im Folgenden näher untersucht werden.

Stärker noch als der Rat, in welchem vertragsgemäß die mitgliedstaatlichen Interessen ins Entscheidungsgefüge der EU eingebracht werden⁵, und dem historisch jüngeren Europäischen Rat, in welchem die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union neue Impulse zu vermitteln versuchen⁶, ist die Kommission seit den Anfängen der europäischen Einigung das genuin europäische Organ. Ihre vertragliche Legitimation erhalten die Mitglieder der Kommission durch die Mitgliedstaaten.⁷ Im Zusammenhang mit den EU-Vertragsrevisionen von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon, insbesondere auch in den Debatten des Europäischen Konvents für einen EU-Verfassungsvertrag 2002/03, wurde zwar der Versuch gestartet, die Kommission stärker in einen politischen Legitimationskontext zum Europäischen Parlament zu bringen⁸, gleichwohl kommen auch nach der Lissabon-Revision des EU-Primärrechts sowohl der Kommissionspräsident als auch die übrigen Kommissionsmitglieder weiterhin ausschließlich auf Vorschlag des Europäischen Rates bzw. des Rates ins Amt.⁹

Unter Verweis auf die Hallstein'sche Formel von der Kommission als „unabhängiger Motor, Wächter und ehrlicher Makler der Gemeinschaft“¹⁰ wird die Kommission umgangssprachlich zwar gelegentlich als eine Art „europäische Regierung“ bezeichnet¹¹, jedoch ist dies in der ab Juli 2013 auf 28 Mitgliedstaaten erweiterten EU eine

3 Zu den Agenturen und Exekutivagenturen der EU vgl. http://europa.eu/agencies/index_de.htm und http://europa.eu/agencies/executive_agencies/index_de.htm (Abruf: 4. April 2013).

4 Vgl. http://ec.europa.eu/civil_service/about/who/index_de.htm (Abruf: 4. April 2013), vgl. auch die entsprechenden Angaben der Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit: European Commission 2012: „Human Resources Key Figures Card“ (HR KFC), in: http://ec.europa.eu/civil_service/docs/hr_key_figures_en.pdf (Abruf: 4. April 2013). Hinzu kommen die Mitglieder der sogenannten Kabinette, die den Kommissaren persönlich zurarbeiten. Siehe dazu unten.

5 Vgl. Art. 16 Abs. 2 EUV.

6 Vgl. Art. 15 Abs. 1 EUV.

7 Vgl. Art. 155ff. EWGV (1957) bzw. Art. 9ff. FusV (Fusionsvertrag 1965); seit Maastricht Art. 155–163 EGV, seit dem Vertrag von Amsterdam unnummeriert in Art. 211–219 EGV.

8 Vgl. den in Lissabon neu formulierten Art. 17 EUV sowie Art. 244ff. AEUV.

9 Vgl. Art. 17 Abs. 7 EUV. Bereits Hans von der Groeben machte auf die indirekte Abhängigkeit der Kommissare von den sie entsendenden Mitgliedstaaten aufmerksam, insofern sie „nach Ablauf der Amtszeit (...) wiederum auf das Vertrauen der Regierung ihres Heimatlandes angewiesen sind.“ Vgl. Hans von der Groeben: *Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft*. Baden-Baden 1982, S. 35.

10 Walter Hallstein: *Die Kommission – ein neues Element im internationalen Leben*. Vortrag vom 25. März 1965, in: Ders.: *Europäische Reden*. Hg. von Thomas Oppermann. Stuttgart 1979, S. 545–559.

11 Vgl. Jürgen Hartmann: *Das politische System der Europäischen Union*. 2. Aufl. Frankfurt/Main u. a. 2009, S. 55, S. 59f.

vermutlich noch weniger mehrheitsfähige politische Zielvorstellung, als dies im Elan der Gründerjahre der Gemeinschaft erhofft werden konnte.

Die Kommission ist ein schillerndes Zwischending zwischen politischem Gremium und administrativer Behörde. In der politischen und europawissenschaftlichen Literatur wird sie mit Begriffen wie „politischer Mitgestalter“¹², supranationale Technokratie¹³, Teil der „Eurokratie“¹⁴ oder „supranationale Verwaltungselite“¹⁵ belegt. Dabei ist aber umstritten, ob ihre Macht im Langzeitvergleich zunimmt oder nicht inzwischen erneut erodiert. Ursprünglich als „Tandem“ mit dem Rat agierend, ist die Kommission durch die institutionelle Stärkung des Parlaments schrittweise ein „Teil eines institutionellen Dreiecks geworden“¹⁶. Hinzu kommt die deutliche Stärkung der Rolle des Europäischen Rates seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon.¹⁷

Gegenüber der anfänglichen Konzeption in den 1950er Jahren haben sich institutionelle Stellung, Macht und Einfluss der Kommission schon in den 1960er Jahren (de Gaulle, Fouchet-Pläne) erstmals erkennbar verschoben. Nach einem vorübergehenden (Zwischen-)Hoch in den 1980er Jahren hat sich die Position der Kommission durch die Gründung der EU im Maastricht-Vertrag (und der dabei erfolgten Institutionalisierung des Europäischen Rates mit Aufgaben)¹⁸ erneut verändert. Im Kontext der Debatten des EU-Verfassungskonvents 2002/03¹⁹ und des Lissabon-Vertrages ist eine neuerliche, in der Öffentlichkeit allerdings nicht allzu stark wahrgenommene Auseinandersetzung um die Stellung der Kommission in der inzwischen mehrfach erweiterten EU entbrannt: Während seitens des Europäischen Parlaments unverändert darauf gedrungen wird, bei Auswahl und Benennung der Kommissare ein entscheidendes Gewicht

12 Udo Diedrichs: *Europäische Kommission*, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): *Europa von A bis Z*. 12. Aufl. Baden-Baden 2011, S. 148–161, hier S. 156.

13 Vgl. die abfällige Kritik de Gaulles an der Kommission im September 1965: „aréopage technocratique, apatride et irresponsable“; vgl. Charles de Gaulle: *Discours et Messages*. Bd. 4. Paris 1970, S. 379.

14 Vgl. Lothar Ungerer: „Eurokratie“, in: Jan Bergmann (Hg.): *Handlexikon der Europäischen Union*. Baden-Baden 2012, S. 292–295.

15 Maurizio Bach: *Europa als bürokratische Herrschaft. Verwaltungsstrukturen und bürokratische Politik in der Europäischen Union*, in: Gunnar Folke Schuppert/Ingolf Pernice/Ulrich Haltern (Hg.): *Europawissenschaften*. Baden-Baden 2005, S. 575–612, hier S. 591.

16 Vgl. Wolfgang Wessels: *Das politische System der Europäischen Union*. Wiesbaden 2008, S. 225.

17 Nach den in den 1960er Jahren zunächst informellen „Gipfeln“ der Staats- und Regierungschefs wurde beim Gipfel von Paris 1974 der Europäische Rat gegründet. Eine Aufgabenstellung erhielt der Europäische Rat bei der „Feierlichen Erklärung von Stuttgart“ 1983, im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte 1985 erfolgte die erste vertragsrechtliche Einführung, konkrete Funktionsfestlegungen (Impulsgeber) im EUV von Maastricht 1991/93.

18 Vgl. Wessels: *Das politische System der Europäischen Union*, S. 160f.

19 Vgl. dazu Burkard Steppacher: *Wer handelt im Europäischen Konvent? Akteure, Einfluss, Gestaltungskraft*, in: Wieland Gellner/Gerd Strohmaier (Hg.): *Politische Strukturen und Prozesse im Wandel*. Baden-Baden 2005, S. 119–131.

zu spielen²⁰, haben die verschiedenen Vertragsreformen seit Maastricht, zuletzt insbesondere der Lissabon-Vertrag, das Gewicht der intergouvernementalen Akteure gegenüber den supranationalen Einrichtungen der EU permanent gestärkt²¹, so dass inzwischen verschiedentlich schon von der Kommission als bloßem „Juniorpartner“ des Europäischen Rates gesprochen wird.²²

Wer handelt in der Kommission?

Für den Erfolg von politischen Entscheidungen sind nicht nur funktionierende Institutionen erforderlich, sondern auch und besonders die richtigen Personen an den richtigen Stellen.²³ Dass Kommissionspräsidenten wie Walter Hallstein²⁴ und Jacques Delors²⁵ dieser Erwartung entsprochen haben, ist weitgehend unbestritten. Welche Rolle aber spielen die Kommissionsmitglieder im EU-System? Haben, was hier von besonderem Interesse ist, die deutschen Kommissionsmitglieder die politischen Positionen des bevölkerungsstärksten EU-Mitglieds Deutschland in der Kommission ausreichend umsetzen können? Warum kam seit Walter Hallstein kein weiterer Kommissionspräsident aus Deutschland? Gilt der bereits in den 1980er Jahren erhobene Vorwurf zu Recht, die deutschen Personalentscheidungen für die Kommission wären Besetzungen „mit der linken Hand“?²⁶ Inwieweit hat sich seit der kritischen Studie von Beate Neuss

- 20 Vgl. die schrittweise Stärkung der Anhörungsrechte des Europäischen Parlaments bei der Installation der neuen Kommissare, verbunden mit der Vetodrohung gegenüber der Kommission in corpore. Vgl. auch Art. 106 Geschäftsordnung EP, vgl. auch http://www.europarl.de/www.europarl.de/ressource/static/files/Aktuell/Anh_rung_Kommissare_Zeitplan.pdf (Abruf: 4. April 2013).
- 21 Auf einen relativen Bedeutungsverlust der Kommission, beginnend seit den 1990er Jahren weist bereits Monar hin, vgl. Jörg Monar: Die Kommission nach dem Vertrag von Nizza: ein gestärkter Präsident und ein geschwächtes Organ, in: Matthias Jopp/Barbara Lipert/Heinrich Schneider (Hg.): Das Vertragswerk von Nizza und die Zukunft der Europäischen Union. Bonn 2001, S. 92–101, hier S. 92.
- 22 Vgl. Thomas Oppermann/Claus Dieter Classen/Martin Nettesheim: Europarecht. 5. Aufl. München 2011, S. 54, Rdnr. 93.
- 23 Im Hinblick auf den bekannten Satz Jean Monnets, dass nichts möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen sei (vgl. Jean Monnet: Erinnerungen eines Europäers. Baden-Baden 1988, S. 387), soll im Folgenden der Akzent auf die erste Hälfte dieser Äußerung gelegt werden.
- 24 Vgl. Wilfried Loth/William Wallace/Wolfgang Wessels (Hg.): Walter Hallstein – Der vergessene Europäer? (Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik 73). Bonn 1995.
- 25 Vgl. Jacques Delors: Erinnerungen eines Europäers. Berlin 2004, S. 298ff.; George W. Ross: Jacques Delors and European Integration. New York 1994, S. 13.
- 26 Vgl. Beate Neuss: Europa mit der linken Hand? Die deutschen Personalentscheidungen für die Kommission der Europäischen Gemeinschaften. München 1988, S. 383ff.

daran etwas geändert?²⁷ In ähnlicher Weise ist auch auf Beamtenebene der Anteil der Deutschen in der Kommission unterproportional.²⁸

Im Lauf von inzwischen über 50 Jahren Kommissionsgeschichte hat Deutschland bis heute 14 Kommissare nach Brüssel entsandt.²⁹ Fünf dieser Kommissare waren von der Bundesregierung aus den Reihen der CDU benannt worden, einer von der CSU.³⁰ In den vergangenen drei Jahrzehnten hatten dabei nur drei der neun deutschen Kommissare ein Unionsticket.³¹

In der vorliegenden Studie soll neben der Untersuchung der Stellung der deutschen Christdemokraten in der Kommission auch der Versuch einer Bewertung vorgenommen werden, ob und inwieweit es einen erkennbaren direkten oder indirekten christlich-demokratischen Einfluss auf das Handeln der Kommission gegeben hat und, in einem größeren Kontext, welches politische Gewicht und Potential die Kommission im Institutionengefüge der EU aktuell hat und haben kann.

Zwischen Herkunft, Bindung und Unabhängigkeit – Zur internen Struktur der Kommission

„Die Mitglieder der Kommission werden aufgrund ihrer allgemeinen Befähigung und ihres Einsatzes für Europa unter Persönlichkeiten ausgewählt, die volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten.“³² Diese vertragliche Anforderung steht durchaus in gewissem Widerspruch zum manchmal leicht heterogenen Erscheinungsbild der Europäischen Kommission. Verschiedentlich entsteht der Eindruck, die Benennung von Kommissaren sei ein „Trostpreis“ für Politiker, die so leichter von der politischen Bühne abgeschoben werden können.³³ Das Beispiel des Scheiterns der Santer-Kommission³⁴ im Jahr 1999 führt vor Augen, dass sowohl bei der personellen Aus-

- 27 Das jüngst erschienene Buch von Albrecht Rothacher: Die Kommissare. Vom Aufstieg und Fall der Brüsseler Karrieren. Baden-Baden 2012, hilft hier leider nur wenig weiter. Vgl. <http://www.sehepunkte.de/2013/01/21234.html> (Abruf: 4. April 2013).
- 28 Vgl. dazu weiter unten: Zur internen Struktur der Kommission.
- 29 Hinzu kommen in den 1950er und 1960er Jahren fünf deutsche Mitglieder in der Hohen Behörde der EGKS (wobei Fritz Hellwig in der Folge des Fusionsvertrags dann bis 1970 Mitglied der fusionierten Kommission war) sowie zwei deutsche Mitglieder der Euratom-Kommission. Vgl. Neuss: Europa mit der linken Hand, S. 205–230.
- 30 Zu den Amtszeiten von Walter Hallstein, Hans von der Groeben, Fritz Hellwig, Karl-Heinz Narjes, Peter M. Schmidhuber (CSU) und Günther Oettinger siehe unten im Text.
- 31 Über lange Jahre (von 1970 bis 1981 sowie von 1995 bis 2010) war keiner der beiden deutschen Kommissare politisch bei den Christdemokraten zu verorten.
- 32 Art. 17 Abs. 3 Satz 2 EUV. Ähnlich der zuvor geltende Art. 213 EGV.
- 33 So kritisch beispielsweise Wessels: Das politische System der Europäischen Union, S. 244.
- 34 Im Zusammenhang mit einem Korruptionsskandal um die französische Kommissarin Edith Cresson trat die Kommission Santer geschlossen zurück.

wahl als auch bei der Amtsführung hohe Standards zu wahren sind, damit die Institution keinen Schaden leidet.

Von Ausbildung, beruflicher Erfahrung und Kompetenz sowie europapolitischer Qualifikation her unterscheiden sich die Mitglieder der Kommission stark.³⁵ Ähnliches gilt für die bisherige politische Karriere der Kommissare, so dass in der Kommission immer wieder zum Teil (europa-)politische Newcomer mit ehemaligen Regierungschefs zusammentreffen. In den Anfangsjahren waren vor allem wirtschafts- und industriepolitische Experten in die Hohe Behörde bzw. die Kommission entsandt worden: Hans von der Groeben war vor seinem Wechsel auf die europäische Bühne Unterabteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium³⁶, Fritz Hellwig leitete das Deutsche Industrieinstitut³⁷, Franz Etzel war Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, bevor er nach Brüssel wechselte.³⁸ Walter Hallstein war als Staatssekretär im Auswärtigen Amt maßgeblich an der Konzeption und Ausarbeitung des EWG-Vertrages beteiligt.³⁹

In späteren Jahrzehnten wurde bei der Besetzung von europäischen Führungspositionen nicht mehr konsequent auf eine entsprechende fachliche Qualifikation geachtet. Da die Bundesrepublik Deutschland als einer der großen EU-Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2004 stets zwei Mitglieder in die Kommission entsenden konnte,⁴⁰ wurden in der Vergangenheit zudem häufig koalitionspolitisch veranlasste Personalpakete geschürt.

Deutsche Christliche Demokraten in der Hohen Behörde EGKS

1952–1957	Franz Etzel
1958–1959	Franz Blücher
1959–1967	Fritz Hellwig
1962–1967	Karl-Maria Hettlage

35 Zur heterogenen Komplementarität der ersten Kommission vgl. Theo M. Loch: Die Neun von Brüssel. Köln 1963; vgl. Hans von der Groeben: Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft, S. 35f.

36 Vgl. Hans von der Groeben: Deutschland und Europa in einem unruhigen Jahrhundert. Erlebnisse und Betrachtungen. Baden-Baden 1995.

37 Vgl. Beate Brüninghaus: Fritz Hellwig – Ein Leben zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Wegbegleiter der Stahlindustrie, in: 125 Jahre Stahl und Eisen 126 (2006) 7, S. 40–42; vgl. Klaus Maletke/Klaus Oldenhage (Hg.): Fritz Hellwig. Saarländer, Deutscher, Europäer. Eine Festschrift zum 100. Geburtstag. Heidelberg 2012.

38 Etzel ist im Übrigen der einzige deutsche Kommissar, der nach seinem Ausscheiden aus der Kommission auf nationaler Ebene noch einen politischen Karriereschritt vornehmen konnte: Von 1957 bis 1961 war er Bundesminister der Finanzen im Kabinett Adenauer III. Zur Praxis in anderen Mitgliedstaaten vgl. unten.

39 Vgl. Hanns Jürgen Küsters: Walter Hallstein und die Verhandlungen über die Römischen Verträge, in: Loth/Wallace/Wessels (Hg.): Walter Hallstein – Der vergessene Europäer, S. 81–105.

40 Bedingt durch den Fusionsvertrag von 1965 zählte die sogenannte Übergangskommission von 1967 bis 1970 sogar drei deutsche Mitglieder.

Deutsche Christliche Demokraten in der Kommission EWG/EG/EU

1958–1967	Walter Hallstein
1958–1970	Hans von der Groeben
1967–1970	Fritz Hellwig
1981–1989	Karl-Heinz Narjes
1987–1995	Peter Schmidhuber (CSU)
seit 2010	Günther Oettinger

Bemerkenswert ist, dass die Benennung für die Kommissarsposten, in Deutschland aber auch EU-weit, oft unter eher sachfremden Verteilungsaspekten und innenpolitischen Proporzabwägungen vorgenommen wird.⁴¹ Ein eindrückliches Beispiel der jüngeren Vergangenheit für diese Vorgehensweise ist die Nominierung des rot-grünen Kommissarduos Verheugen/Schreyer auf der Grundlage des Koalitionsvertrages der Regierung Schröder im Jahr 1998.⁴² Die Benennung der Berliner Grünen-Politikerin Michaela Schreyer stieß angesichts der bis dahin fehlenden europapolitischen Expertise sowohl in der deutschen Öffentlichkeit als auch beim designierten Kommissionspräsidenten Romano Prodi auf Überraschung, mit der Folge, dass der Kandidatin letztlich ein eher kleines Ressort zugewiesen wurde.⁴³ Seitens der CDU/CSU-Opposition war 1998/99 im Zusammenhang mit dem zeitgleichen Ausscheiden der Kommissare Bangemann und Wulf-Mathies nachdrücklich an die während der Ära Kohl geübte Praxis erinnert worden, auch einen Vertreter des jeweiligen Oppositionslagers in die neue Kommission zu entsenden⁴⁴, allerdings konnte selbst mit dem Vorschlag, das europapolitische Schwergewicht Elmar Brok zu benennen, der als EP-Vertreter wiederholt an europäischen Regierungskonferenzen mitgewirkt hatte, das Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung nicht verändert werden.⁴⁵

Seit der EU-Erweiterung 2004 entsendet nun jeder EU-Mitgliedstaat nur mehr einen Vertreter in die Kommission. Die nach langer Diskussion zunächst im EU-Verfassungsvertrag beschlossene und wegen ihrer Zweckmäßigkeit auch in den Vertrag von Lissabon übernommene zusätzliche Verkleinerung der Kommission⁴⁶ ist seit dem zweiten irischen Referendum im Oktober 2009 allerdings vermutlich bis auf wei-

41 Zu den Kriterien für die Kommissionsauswahl in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969 sowie der sozialliberalen Koalition nach 1969 vgl. Beate Neuss: Europa mit der linken Hand, S. 377ff., insb. S. 282ff. (Haferkamp), S. 310–314 (Dahrendorf), S. 337–340 (Brunner).

42 Vgl. Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998, S. 51, in: http://ia600309.us.archive.org/27/items/AufbruchUndErneuerungDeutschlandsWegIns21.Jahrhundert/1998_Koalitionsvertrag.pdf (Abruf: 4. April 2013).

43 Vgl. Rothacher: Die Kommissare, S. 147–151.

44 Vgl. den Hinweis auf diese in den größeren EU-Mitgliedstaaten durchaus übliche Praxis bei Jacques Delors: Erinnerungen eines Europäers, S. 193.

45 Vgl. Korb für die Union, in: Der Spiegel Nr. 26, 28. Juni 1999, S. 18.

46 Vgl. Art. 17 Abs. 5 EUV.

teres politisch tot. Seitdem stammt das Kommissionsmitglied, wie es Praxis in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten ist, aus den Reihen der stärksten Regierungspartei.⁴⁷

Mit Blick auf inzwischen mehr als sechs Jahrzehnte Europapolitik ist festzuhalten, dass die Mitglieder der Kommission häufig nach Proporz- und Kompromisserwägungen ernannt werden. Dies gilt sowohl auf nationaler Ebene als auch im EU-weiten Vergleich. So ist die Kommission eine heterogene Runde christlich-demokratischer, bürgerlicher, liberal-zentristischer und sozialdemokratisch-sozialistischer Politiker, die in der Regel vor allem aus nationalen Erwägungen „nach Europa“ geraten sind.⁴⁸ Im Gegensatz zu anderen EU-Mitgliedstaaten, wo ehemalige Regierungschefs, Außenminister, Europaabgeordnete etc. als Kommissare benannt werden, haben die deutschen Kommissionsmitglieder seit längerem nur eine geringe europapolitische Vergangenheit. Andere Mitgliedstaaten gehen zum Teil planvoller vor und können so besser strategische Schlüsselpositionen in der Kommission besetzen.

Ein wesentlicher Grund für die im EU-Vergleich deutlich schwächere Besetzung von Schlüsselpositionen in der Europäischen Union ist unter anderem die föderale Struktur Deutschlands: Elitenrekrutierung und -austausch erfolgt in der Bundesrepublik vor allem zwischen den beiden politischen Ebenen Land und Bund. Bei Wahlniederlagen wechseln deutsche Politiker auf eine andere politische Ebene innerhalb Deutschlands, in Frankreich oder Italien beispielsweise wechseln abgewählte Minister hingegen ins Europäische Parlament oder in die Kommission, von wo aus später eine erneute nationale Karriere starten kann. Während in Deutschland die europäische Politikebene zumeist Endstation und Sackgasse ist⁴⁹, kann die EU-Ebene im Ansehen anderer EU-Mitgliedstaaten durchaus ein wichtiger Katalysator für spätere nationale politische Karrieren sein.⁵⁰

47 Zuletzt wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende 2009 der CDU-Politiker Günther Oettinger als Kommissar vorgeschlagen und nach den Verfahren des EU-Vertrages installiert.

48 Kommissar Schmidhuber kritisiert rückblickend bei einigen Mitgliedstaaten die Tendenz, den Kommissionsposten als „eine Art Durchgangsstation für andere Verwendungen“ zu sehen („so eine Art Parkplatz“), vgl. Peter M. Schmidhuber: Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler (ZEI, Discussion Paper C 210). Bonn 2012, S. 35 (http://www.zei.uni-bonn.de/dateien/discussion-paper/dp_c210_schmidhuber, Abruf: 4. April 2013).

49 Nur in seltenen Fällen kehren deutsche MdEPs wieder erfolgreich auf die nationale Bühne zurück. Die Beispiele lassen sich an den Fingern abzählen: Friedrich Merz, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Hartmut Perschau, Reinhold Bocklet, Stanislaw Tillich, Armin Laschet, Claudia Roth und Cem Özdemir.

50 Die spanische Europaabgeordnete Ana de Palacio (EVP) wurde 2002 Außenministerin ihres Heimatlandes. Pedro Solbes (Kommissar für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten in der Kommission Prodi) wurde 2004 spanischer Wirtschafts- und Finanzminister. Michel Barnier (Kommissar für Regionalpolitik und institutionelle Reformen in derselben Kommission Prodi) wurde 2004 französischer Außenminister. In der Kommission Barroso II wurde Michel Barnier dann Binnenmarktkommissar. Schließlich war Romano Prodi vor und nach seiner Tätigkeit als Kommissionspräsident italienischer Ministerpräsident.

In ähnlicher, und das heißt hier in ebenso unterschiedlicher Weise wurde über lange Jahre bei der Besetzung der politischen Positionen in der zweiten und dritten Reihe sowie bei den höheren Beamten agiert. Spätestens seit den 1970er Jahren lässt sich eine zahlenmäßige Unterrepräsentanz der Deutschen in der Kommission und den anderen EU-Institutionen feststellen („Deutsche Delle“), was unter anderem mit Verve und öffentlich durch den deutschen Europaabgeordneten Günter Rinsche kritisiert wurde.⁵¹ Dass die Angelegenheit nicht völlig unproblematisch ist, zeigt die schriftliche Anfrage eines politisch konkurrierenden Abgeordneten im Jahr 1997 im Europäischen Parlament, die vom damals für Personalfragen zuständigen Kommissar Erkki Liikanen leicht lakonisch mit dem Tenor beantwortet wurde, dass die Beamten der Kommission keine Weisungen anfordern oder entgegennehmen dürfen.⁵² Gleichwohl hatten, schon lange vor Deutschland, andere Mitgliedstaaten ihre Staatsangehörigen, die in Brüssel bzw. weiteren internationalen Einrichtungen arbeiten, umfangreich mit (Nachwuchs-) Förderprogrammen unterstützt und bei ihren Karriereschritten begleitet.⁵³

In einer vielbeachteten Studie wurde 1999 die mangelnde „Deutsche personelle Präsenz in der EU-Kommission“ untersucht und Ursachen und Veränderungsmöglichkeiten der deutschen Unterrepräsentanz bei den A-Beamten der Kommission erörtert.⁵⁴ Durch verschiedene konkrete Schritte hin zu einer strategischen Personalpolitik⁵⁵ hat sich in den vergangenen gut zehn Jahren hier etliches zum Besseren verändert.⁵⁶ Ende 2012 waren von 33.033 Mitarbeitern in der Kommission 2.286 Deutsche, das ist ein

51 Vgl. Deutsche Delle, in: Der Spiegel Nr. 19, 5. Mai 1997, S. 63ff.; Deutsche Delle in Brüssel, in: Die Welt, 23. Juli 1999, sowie Neue Deutsche Delle, in: Der Spiegel Nr. 12, 20. März 2000, S. 67ff.

52 Schriftliche Anfrage P 1941/97 von Esko Seppänen an die Kommission (28. Mai 1997). Immunität der EU-Beamten, abgedruckt in: ABI C 045 vom 10. Februar 1998, S. 126, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:91997E1941:DE:NOT> (Abruf: 4. April 2013).

53 Vgl. Silke Wettach: Warum der deutsche Einfluss in Brüssel schwindet, in: Wirtschaftswoche, 2. April 2008.

54 Vgl. Beate Neuss/Wolfram Hilz: Deutsche personelle Präsenz in der EU-Kommission. Sankt Augustin 1999.

55 Vgl. in der Folge der Neuss-Hilz-Studie beispielsweise die „Berliner Initiative“ aus dem Jahr 2001: Berliner Initiative für mehr Internationalisierung in Bildung, Ausbildung und Personalpolitik: Deutsche Personalpolitik in und für Europa: Empfehlungen für Bund, Länder, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, vgl. http://www.bosch-stiftung.de/content/language2/downloads/Personalpolitik_Europa.pdf (Abruf: 4. April 2013).

56 Mittlerweile veröffentlicht die Bundesregierung regelmäßig gemäß Beschlussempfehlung vom 21. Februar 2008 (Bundestagsdrucksache 16/7938) alle zwei Jahre einen „Bericht zur deutschen Personalpräsenz in internationalen Organisationen“: vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/10963 vom 7. November 2008, Drucksache 17/4306 vom 17. Dezember 2010, sowie der aktuellste, dritte Bericht: Drucksache 17/11942 vom 19. Dezember 2012, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/119/1711942.pdf> (Abruf: 4. April 2013).

Anteil von rund 6,9 Prozent.⁵⁷ Gleichwohl scheint die „deutsche Delle“ noch lange nicht völlig ausgeglichen zu sein.

Von Hallstein über Narjes bis Oettinger – Zur Gestaltungskraft deutscher Christdemokraten in der Kommission

Wie agieren nun die Deutschen in der Kommission? Wer hat welches Thema oder Anliegen erfolgreich durchgesetzt? Diese Frage ist im Hinblick auf die Kommission zweifellos schwerer zu beantworten als bei anderen europapolitischen Akteuren. Bei (Europa-)Parlamentariern⁵⁸ lassen sich – ebenso wie bei nationalen Regierungsmitgliedern, die im (Minister-)Rat ihre jeweilige Politik vertreten⁵⁹ – durchaus konkret spezielle europapolitische Initiativen festmachen, ist es doch ein zentrales Anliegen von Politikern, „ihre“ Themen, Anliegen und Erfolge ihren Wählern immer wieder deutlich zu vermitteln.⁶⁰ Dies geschieht individuell, bilateral, auf Partei- und Fraktionsebene⁶¹, zum Teil aber auch parteiübergreifend in sogenannten Intergruppen.⁶²

57 Zur Verteilung der Deutschen in den verschiedenen Gehaltsstufen der Kommission vgl. die entsprechenden Angaben der GD Humanressourcen und Sicherheit: European Commission 2012: „Human Resources Key Figures Card“ (HR KFC), in: http://ec.europa.eu/civil_service/docs/hr_key_figures_en.pdf (Abruf: 4. April 2013).

58 Vgl. die regelmäßigen Presseerklärungen der deutschen MdEPs, in: <http://www.cdu-csu.de/presse.html> bzw. <http://www.cducusu.eu/presse.html> (Abruf: 4. April 2013).

59 Klaus Töpfer, Bundesumweltminister von 1987 bis 1994, wird europapolitisch mit verschiedenen umweltpolitischen Entscheidungen der EU (u. a. EU-Vogelschutz- und FFH-Richtlinie) in Verbindung gebracht. In ähnlicher Weise macht seit langen Jahren Wolfgang Schäuble mit weitreichenden europapolitischen Konzepten von sich reden. Vgl. u. a. das Schäuble-Lamers-Papier („Überlegungen zur europäischen Politik“) von 1994 zu „Kerneuropa“, in: <http://www.cducusu.de/upload/schaeublelamers94.pdf> (Abruf: 4. April 2013). Im Jahr 2002 dann u. a. das „Schäuble-Bocklet-Papier und das „Schäuble-Martens-Papier“ zur Reform der EU. Vgl. zuletzt (2012), in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/reformplan-fuer-die-eu-schaeubles-vorschlaege-spalten-europa-1.1498137> (Abruf: 4. April 2013).

60 Hierzu gehören beispielsweise auch die vielfältigen deutsch-französischen (Minister-)Initiativen, vgl. Martin Koopmann: Leadership oder Krisenmanagement? Kommentar zu den deutsch-französischen Europainitiativen, in: Dokumente 2 (2003), S. 19–34, vgl. http://www.dokumente-documents.info/uploads/tx_ewsdokumente/dossier_2003_2.pdf (Abruf: 4. April 2013). Andere Beispiele sind die verschiedenen deutsch-polnischen Initiativen oder der Klassiker, die deutsch-italienische Initiative von 1981 zum Entwurf einer Europäischen Akte („Genscher-Colombo-Initiative“), wodurch die erste größere Vertragsreform der Gemeinschaft angestoßen wurde.

61 Zur Europäischen Volkspartei und der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament vgl. den Beitrag von Thomas Jansen in diesem Band.

62 So waren beispielsweise die deutschen CDU-Europaparlamentarier Rudolf Luster, Gero Pennig und Jochen van Aerssen zusammen mit dem italienischen Europaabgeordneten Altiero Spinelli im „Crocodile Club“ aktive Mitstreiter für den ersten großen Verfassungsentwurf des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 1984. In ähnlicher Weise sind Karl

Im Fall der Kommission ist es hingegen nicht so einfach, ein klares Ursache-Wirkungs-Verhältnis festzumachen. Sich hier öffentlich prononciert mit Themen zu produzieren, macht sich zum einen beim nicht vorhandenen Wähler nicht bezahlt, zum anderen ist dies angesichts der Entscheidungskultur der Kommission, bei der tendenziell eher im Konsens als im Konflikt entschieden wird, sogar strukturell kontraproduktiv. Wer welche Initiative in der Kommission gestartet und/oder vorangebracht hat, das wird daher auch im Erfolgsfall zumeist nicht an die große Glocke gehängt.

Gleichwohl lassen sich bei den Kommissaren bestimmte Themenfelder und inhaltliche Schwerpunkte festmachen, für die sie sich besonders eingesetzt haben und die strukturell und programmatisch tendenziell christlich-demokratisch verortet sind. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und unter Verweis auf die vorhandene Literatur seien hier exemplarisch einige Materien genannt, bei denen deutsche Kommissionsmitglieder erfolgreich Politik gestaltet haben: Walter Hallstein, der erste Kommissionspräsident in den Jahren 1958 bis 1967, steht für die Gründungs- und Aufbaujahre der Gemeinschaft. Unter seiner aktiven Mitwirkung wurden in der Folge der Messina-Konferenz vom Juni 1955 die Verhandlungen über die Römischen Verträge geführt, bei denen Staatssekretär Hallstein insbesondere in deren Schlussphase 1957 als Verhandlungsführer wesentlich zum Erfolg des Projektes beitrug.⁶³ Seine Nominierung war zugleich auch ein Akt der internationalen Anerkennung. Nachdrücklich setzte sich Hallstein dabei für das nicht von allen Gründerstaaten in gleicher Weise präferierte Konzept eines Gemeinsamen Marktes ein. Ohne den entschiedenen Einsatz Hallsteins wären der Abschluss der Verhandlungen und die Unterzeichnung des Vertragspakets von EWG- und EAG-Vertrag im März 1957 in Rom wohl nicht gelungen. Als Kommissionspräsident ab 1958 trug Hallstein dann dazu bei, dass dieses Ziel angesichts widerstrebender mitgliedstaatlicher Interessen bei der gleichzeitigen Liberalisierung des Außenhandels und der Ausgestaltung einer gemeinsamen europäischen Landwirtschaftspolitik nicht aus den Augen verloren wurde. Parallel zu diesen inhaltlichen Entscheidungen musste das organisatorische Fundament der Gemeinschaft gelegt werden. Hierbei galt es, eine funktionierende Verwaltung mit eigenen, von den Mitgliedstaaten unabhängigen Beamten aufzubauen, wobei im Zusammenwirken mit dem Gerichtshof der Gedanke der Rechtsgemeinschaft ein zentrales Kriterium bei den fälligen Entscheidungen war. Mit dem visionären, heute wieder skeptischer gesehenen Fernziel der Schaffung eines europäischen Bundesstaates vor Augen, war das politische Bestre-

von Wogau, CDU-Europaparlamentarier von 1979 bis 2009, und der deutsche Sozialdemokrat Dieter Rogalla mit dem Thema Europäischer Binnenmarkt eng verbunden: Von Wogau war 1984 Autor des Initiativberichtes des Europäischen Parlaments zur Schaffung des Europäischen Binnenmarktes.

63 Vgl. dazu detailliert Hanns Jürgen Küsters: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Baden-Baden 1982 sowie Ders.: Walter Hallstein und die Verhandlungen über die Römischen Verträge, in: Loth/Wallace/Wessels (Hg.): Walter Hallstein – Der vergessene Europäer.

ben Hallsteins als Kommissionspräsident, der europäischen Ebene in substantieller Weise Gestaltungsmacht und Einfluss zu geben.⁶⁴

Seit dem von de Gaulle forcierten Ausscheiden Walter Hallsteins als Kommissionspräsident im Jahr 1967 ist bislang kein weiterer Deutscher mehr Präsident der Kommission geworden. Da Deutschland das bevölkerungsstärkste Mitgliedsland der EU ist, wird dies – auch unter Verweis auf die hohen deutschen Finanzbeiträge – in der deutschen Öffentlichkeit gelegentlich kritisiert.⁶⁵ Allerdings hätte dazu in der Vergangenheit durchaus die Möglichkeit bestanden: 1984 war Kurt Biedenkopf als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission gehandelt worden⁶⁶, der es jedoch, auch wegen mangelnder Exekutivverfahren, ablehnte, nach Brüssel zu gehen⁶⁷. Zudem schien es aus Sicht der Bundesregierung auch vorteilhafter zu sein, auf den Prestigeposten Kommissionspräsident zu verzichten, um als Ausgleich dafür inhaltliche und finanzielle Zugeständnisse von den EU-Partnern zu erhalten.⁶⁸ Nachfolger des scheidenden Kommissionspräsidenten Gaston Thorn wurde so 1985 schließlich der französische Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors.⁶⁹

In ähnlicher Weise war 2004 der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber als möglicher Kommissionspräsident in die Diskussion gekommen⁷⁰, der es allerdings vorzog, als bayerischer Ministerpräsident in München zu bleiben und aus der Entfernung die EU-

- 64 Vgl. Hans von der Groeben: Walter Hallstein als Präsident der Kommission, in: Loth/Wallace/Wessels (Hg.): Walter Hallstein – Der vergessene Europäer, S. 121–138; vgl. ebenso: Karl-Heinz Narjes: Walter Hallstein in der Frühphase der EWG, ebd., S. 139–163.
- 65 Vgl. die kritischen Anmerkungen bei Thomas Oppermann: Die Deutschen in Brüssel. Zur nationalen Präsenz in der EU-Bürokratie: Ein Thema für die institutionelle Reform? Vortrag am Walter Hallstein-Institut, Humboldt-Universität Berlin, 15. Juni 2000 (FCE 5/2000), S. 8, Rdnr. 22, vgl. <http://www.whi-berlin.eu/documents/oppermann.pdf> (Abruf: 4. April 2013).
- 66 Vgl. den kritischen Hintergrundartikel: Schlechte Karten, in: Der Spiegel Nr. 27, 2. Juli 1984, S. 98–100.
- 67 Der spätere Kommissar Schmidhuber berichtet, dass er 1984 im Auftrag von Franz Josef Strauß Kurt Biedenkopf die Aufgabe schmackhaft machen sollte. Vgl. Peter M. Schmidhuber: Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler, S. 31.
- 68 Vgl. Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 284ff.
- 69 Kommissar Karl-Heinz Narjes (CDU) blieb so für eine zweite Amtszeit in Brüssel und rückte in der Kommission Delors I (1985–1989) zum Vizepräsidenten auf. Nachfolger von Kommissar Wilhelm Haferkamp wurde 1985 der SPD-Politiker und Gewerkschafter Alois Pfeiffer. Nach dem frühen Tod Pfeiffers im Jahr 1987 wurde der CSU-Politiker Peter M. Schmidhuber zum Kommissar ernannt.
- 70 Vgl. Stoiber und die EU-Kommission. Ein mysteriöses Angebot, in: Süddeutsche Zeitung, 8. Juni 2004; Unionspolitiker wollen Stoiber als EU-Kommissionspräsident, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 11. Juni 2004; Stoiber lehnt Amt des EU-Kommissionspräsidenten ab, in: Financial Times Deutschland, 6. Juni 2004.

Politik zu kritisieren.⁷¹ Statt Stoiber oder den ebenfalls ins Spiel gebrachten Politikern Jean-Claude Juncker, Guy Verhofstadt, Pat Cox, Wolfgang Schäuble, Javier Solana und Chris Patten wurde 2005 als Nachfolger von Romano Prodi schließlich José Manuel Durão Barroso neuer Kommissionspräsident.

Das Personalkarussell dreht zuweilen muntere Runden: Im Jahr 2008 wurden auch der hessische Ministerpräsident Roland Koch, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sowie 2009 Friedrich Merz kurzfristig als Nachfolger von Kommissar Verheugen gehandelt.⁷²

Auch wenn die Vorgeschlagenen zumeist rasch abwinkten, zeichnet sich generell folgende Tendenz ab: Die vorschlagenden Regierungschefs Kohl, Schröder und Merkel wollen mögliche Kandidaten für die Kommission im Europäischen Rat nicht *à tout prix* „durchboxen“. Weitaus reizvoller erscheint es, mit Namen (oder dem Verzicht auf bestimmte Namen) anderweitige europa- oder innenpolitische Themen durchzusetzen oder zu kompensieren.⁷³ In der inzwischen beginnenden Diskussion um die Barroso-Nachfolge werden mittlerweile ähnliche Leuchtraketen abgeschossen.⁷⁴

Europapolitischer Erfolg bemisst sich jedoch nicht alleine an herausragenden Positionen. Wichtiger sind im Endeffekt die erreichten Inhalte. Mit welchen politischen Themen waren die deutschen Kommissare europapolitisch erfolgreich? Wie setzten sie sich politisch durch?

Zweiter Deutscher in der EWG-Kommission neben Kommissionspräsident Walter Hallstein war seit 1958 der Wirtschaftsjurist Hans von der Groeben. Als Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium hatte er nach 1953 zunächst die Bundesregierung im Koordinierungsausschuss der Montanunion vertreten und war 1956 einer der Mitautoren des Spaak-Berichts, mit dem die Grundlage für die EWG gelegt wurde. Seinem Verhandlungsgeschick im Ausschuss „Gemeinsamer Markt“ auf der Regierungskonferenz in Brüssel ist es zu verdanken, dass die EWG einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen erhielt.

- 71 Zuvor war Ministerpräsident Edmund Stoiber bereits seit der 1. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen dessen prominentes Mitglied (1994–2001), ließ sich allerdings bei den Plenartagungen und Sitzungen der Fachkommissionen häufig durch einen Stellvertreter vertreten, vgl. <http://www.bayern.de/Ausschuss-der-Regionen-.4046/index.htm> (Abruf: 4. April 2013).
- 72 Schäuble als EU-Kommissar im Gespräch, in: Financial Times Deutschland, 11. Juni 1999; Merkel pokert um die Nachfolge von Verheugen, in: Die Welt, 19. August 2008; Verheugen-Nachfolge: Merz als EU-Kommissar im Gespräch, in: Hamburger Abendblatt, 17. Mai 2009.
- 73 Das klassische Beispiel dafür ist der Verzicht Belgiens auf die angebotene Option, den ersten Kommissionspräsidenten zu stellen, um stattdessen den Sitz der Kommission in Brüssel zu gewinnen. Nach einem mehrjährigen Provisorium wurde Brüssel 1967 mit dem Fusionsvertrag zum endgültigen Sitz der Kommission bestimmt.
- 74 Vgl. Barroso-Nachfolge. Auf der Suche nach dem polyglotten Super-Europäer, in: FAZ, 17. September 2012; vgl. Brüsseler K-Frage, in: Der Spiegel Nr. 37, 9. September 2012, S. 46.

Als Kommissionsmitglied überzeugte der Marktwirtschaftler dann die Regierungen der anderen Mitgliedstaaten nachdrücklich vom Abbau bestehender Regulierung und vom Wert offener Märkte. In den Kommissionen Hallstein I und II (1958–1967) war von der Groeben für das Ressort Wettbewerbspolitik zuständig; in der Kommission Rey (1967–1970) wurde ihm dann das Ressort Binnenmarkt sowie die Zuständigkeit für Regionalpolitik übertragen.⁷⁵ Zur zentralen Aufgabe Wettbewerbspolitik zählten neben der Schaffung eines europäischen Kartellrechts die Themen Rechtsangleichung (europäisches Gemeinschaftspatent) sowie Steuerharmonisierung mit der Einführung des europäischen Mehrwertsteuersystems. Schwierig war der Spagat zwischen Wettbewerbspolitik und Landwirtschaftspolitik, insofern hier immer wieder konkurrierende wirtschaftspolitische Grundannahmen aneinanderstießen.

In Ergänzung zu Hallstein bestand von der Groebens Aufgabe auch darin, den übrigen Kommissionskollegen die deutsche Position zu vermitteln.⁷⁶ Innenpolitisch wurde der ehemalige Beamte der Ministerialbürokratie, der bis 1968 keiner Partei angehörte, gleichwohl – besonders im Konflikt um die Wiederbenennung des Euratom-Kommissars Robert Margulies (FDP) – dem Unionslager zugerechnet. In der fusionierten, 14-köpfigen Übergangs-EG-Kommission nach 1967 wurde allerdings trotz seiner Ambitionen nicht von der Groeben, sondern Fritz Hellwig einer der vier Vizepräsidenten von Kommissionspräsident Jean Rey. In der nachfolgenden Kommission Malfatti war von der Groeben nicht mehr vertreten. Er fiel der politischen Koalitionsarithmetik der sozialliberalen Regierung zum Opfer, die mit Wilhelm Haferkamp (SPD) und Ralf Dahrendorf (FDP) zwei eigene Vertreter nach Brüssel entsandte.⁷⁷

Erst gut zehn Jahre später konnte die CDU wieder einen Kommissar benennen: Karl-Heinz Narjes, Kommissionsmitglied in den 1980er Jahren, ist eng mit dem Themenfeld Binnenmarkt verbunden. Von 1981 bis 1985 war Narjes (in der Kommission Thorn) zunächst EG-Kommissar für Binnenmarkt, Zollunion, industrielle Innovation, Umwelt, Verbraucherfragen und nukleare Sicherheit.⁷⁸ Narjes war in diesen Jahren einer der Wegbereiter für das Wiederaufnehmen des Ende der 1960er Jahre ins Stocken geratene Projekts „Gemeinsamer Markt“, das dann in der Folge der wegweisenden Tagung des Europäischen Rates in Fontainebleau 1984 für die Kommission Delors I (1985–1989) unter der öffentlichwirksamen Chiffre „EG-Binnenmarkt 1992“ zum großen Leuchtturm-Projekt der europäischen Einigung wurde. In der Kommission

75 Vgl. Hans von der Groeben: Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft, S. 115ff. sowie 322ff.

76 Vgl. Ders.: Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler (ZEI, Discussion Paper C 108). Bonn 2002, S. 39f. (http://www.zei.uni-bonn.de/dateien/discussion-paper/dp_c108_groeben.pdf, Abruf: 4. April 2013).

77 Vgl. Beate Neuss: Europa mit der linken Hand, S. 273f. und S. 310ff.

78 Zur Bedeutung dieses Querschnittsressorts vgl. Karl-Heinz Narjes: Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler (ZEI, Discussion Paper C 135). Bonn 2004, S. 57ff. (http://www.zei.uni-bonn.de/dateien/discussion-paper/dp_c135_narjes.pdf, Abruf: 4. April 2013).

Delors I wurde Narjes Vizepräsident der EG-Kommission und war dort für die Bereiche Industriepolitik, Forschung und Innovation zuständig, wobei er eng mit seinem Nachfolger im Binnenmarkt-Ressort, dem britischen konservativen Politiker Baron Cockfield, zusammenarbeitete.⁷⁹

Narjes, der bis 1981 Mitglied des Deutschen Bundestags war, kam jedoch nicht aus dem europapolitischen Nichts nach Brüssel: Der Jurist war bereits als junger Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes 1958 als Legationsrat zur Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgeordnet worden und dort für Walter Hallstein tätig. 1963 wurde Narjes Kabinettschef des Präsidenten der EWG-Kommission und nach dessen Ausscheiden 1968 Generaldirektor für Presse und Information der Kommission der Europäischen Gemeinschaft. 1969 wurde Narjes als Minister für Wirtschaft und Verkehr in die Landesregierung von Schleswig-Holstein berufen und wechselte nach der Bundestagswahl 1972 in den Deutschen Bundestag. Die Karriere von Karl-Heinz Narjes ist so ein anschauliches Beispiel für den gelungenen mehrfachen Wechsel von einer europäischen Beamten- bzw. Mitarbeiter-Tätigkeit über die nationale Politik zurück in eine EU-Spitzenfunktion.

Zwei Jahre zeitlich mit der Kommissionstätigkeit von Narjes überlappend war auch Peter Schmidhuber, bislang einziger deutscher Kommissar aus den Reihen der Christlich-Sozialen Union, von 1987 bis 1995 Mitglied der Kommissionen Delors I–III. Schmidhuber, der zuvor fast zehn Jahre, seit 1978, als Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Europafragen in der Bayerischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Franz Josef Strauß amtierte, steht ebenfalls für Themen, die als „typisch deutsch“ gelten. Als Kommissar war Schmidhuber u. a. für Regionalpolitik sowie für Haushalt und Finanzkontrolle zuständig. Zu den konkreten Themen gehörten bei der Regionalpolitik der Kohäsionsfonds, aber auch Fragestellungen wie die Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips⁸⁰, bei der Finanzkontrolle auch die Betrugsbekämpfung. Während der Amtszeit von Schmidhuber wurde bei der Kommission 1988 zunächst die „Dienststelle für die Koordinierung der Betrugsbekämpfung“ (UCLAF) eingerichtet, die im Lauf der 1990er Jahre schrittweise die Befugnis erhielt, von sich aus Untersuchungsverfahren einzuleiten. 1999 entstand aus UCLAF das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) als unabhängige Dienststelle der Europäischen Kommission.⁸¹

79 In der nachfolgenden Kommission Delors II (1989–1993) erfolgte eine weitere deutsch-britische Rochade: Der deutsche FDP-Politiker Martin Bangemann löste Cockfield 1989 als Binnenmarkt-Kommissar ab, Wettbewerbskommissar wurde Leon Brittan.

80 Vgl. Peter M. Schmidhuber/Gerhard Hitzler: Die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips – ein wichtiger Schritt zu einer föderalen Verfassung der Europäischen Gemeinschaft, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (1992), S. 720–725.

81 Vgl. http://ec.europa.eu/anti_fraud/about-us/history/index_de.htm (Abruf: 4. April 2013); zum entsprechenden Kommissionsbeschluss vgl. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1999:136:0020:0022:DE:PDF> (Abruf: 4. April 2013).

Bei Günter Verheugen, um an dieser Stelle auch einen sozialdemokratischen Kommissar zu nennen, stand europapolitisch das Themenfeld EU-Erweiterung auf der Agenda – ein Thema, das für Deutschland allein aufgrund seiner politischen Lage an der Nahtstelle von Ost und West, aber auch angesichts der Geschichte des 20. Jahrhunderts von großer Bedeutung ist. Verheugen setzte sich in seiner Amtszeit als Kommissar in den Jahren 1999 bis 2009 mit großem Engagement für eine inhaltlich gut vorbereitete EU-Erweiterung ein, entsprechend der 1993 von den Staats- und Regierungschefs der EU beschlossenen Kopenhagener Kriterien. Trotz mancher Kritik im Detail hat Verheugen bei der EU-Osterweiterung eine Politik vertreten und vorangebracht, die in den großen Linien durchaus auch von vielen deutschen Christdemokraten akzeptiert werden konnte. Anders war die Situation allerdings beim Thema EU-Türkei, bei der Verheugen inhaltlich ein treuer Gefolgsmann der Regierung Schröder/Fischer war, der in Sachen Türkei-Unterstützung auch innerhalb der Kommission vorpreschte und im Widerspruch zu den EU-Kommissaren Franz Fischler, Loyola de Palacio (EVP) und Frits Bolkestein (ELDR) für die rasche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei plädierte.⁸²

Beziehungen zu anderen Christdemokraten in der Kommission

Für den Erfolg der Kommission und der einzelnen Kommissare ist die Zusammenarbeit und Abstimmung der Kommissare untereinander eine wichtige Voraussetzung. Zwar ist jeder Kommissar für ein bestimmtes Aufgabengebiet zuständig und verantwortlich, doch werden die Beschlüsse in der Kommission gemeinsam getroffen und auch gemeinsam nach außen vertreten.⁸³ Wie erwähnt, setzt sich die Kommission aus einem breiten Spektrum von christlich-demokratischen, bürgerlichen, liberal-zentristischen und sozialdemokratisch-sozialistischen Politikern zusammen, so dass ähnlich wie im Europäischen Rat zunächst häufig ein (Minimal-)Konsens gesucht werden muss.

Während in der Kommission Prodi (1999–2004) zunächst zehn von 20 Kommissaren aus der sozialdemokratisch-sozialistischen Parteienfamilie stammten und nur fünf aus den Reihen der Europäischen Volkspartei (Loyola de Palacio, Franz Fischler, Vi-

82 Vgl. Streit um Türkei-Bericht der EU-Kommission spitzt sich zu, in: Handelsblatt, 7. September 2004 (www.handelsblatt.com/2397466.html, Abruf: 4. April 2013); vgl. Schäuble wirft Verheugen Amtsmissbrauch vor, in: Spiegel-Online, 26. September 2004; vgl. Türkei-Streit: „Verheugen hat sein Amt missbraucht“, in: Münchner Merkur, 27. September 2004 (<http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/tuerkeistreit-verheugen-sein-missbraucht-193709.html>, Abruf: 4. April 2013).

83 Vgl. Art. 10 Abs. 2 Geschäftsordnung der Kommission (Beschluss 2010/138/EU der Kommission vom 24. Februar 2010 zur Änderung ihrer Geschäftsordnung).

viane Reding, Stavros Dimas, Michel Barnier)⁸⁴, rückten nach der EU-Erweiterung 2004 noch drei weitere Kommissare mit EVP-Hintergrund nach. In der aktuell amtierenden Kommission Barroso II gehören derzeit zwölf der 27 Kommissare einer EVP-Mitgliedsparterie an oder sind ihr nahestehend, neun zählen zur liberalen ELDR und sechs zur SPE.

Diese Zahlenverhältnisse machen deutlich, wie wichtig eine (Vor-)Abstimmung ist, um politische Positionen durchzusetzen: Im Vorfeld der Tagungen des Europäischen Rates ist es daher gute Praxis, dass die Staats- und Regierungschefs zu Begegnungen mit den jeweils politisch nahestehenden Kommissaren zusammenkommen. Auch hier ist die EVP ein wichtiger Integrator.⁸⁵

Die Mitarbeiter der Kommission und ihre christdemokratischen europäischen Netzwerke

Der politische Erfolg (und ggf. Misserfolg) der Kommissare hängt nicht nur von ihren Themen, Inhalten und Argumenten sowie der persönlichen Kooperations- und Durchsetzungsfähigkeit ab, sondern auch von den personellen Netzwerken, die sie unterstützen.

Angesichts der besonderen Entscheidungsstrukturen in der Kommission und ihrem administrativen Unterbau⁸⁶ ist dabei vor allem die Unterstützung der Kommissare durch ihre „Kabinette“ wichtig: Jedem Kommissar stehen als Mitarbeiterstab ein halbes Dutzend Berater zur Seite, darunter auch einige Beamte, hinzu kommen mindestens noch einmal so viele Assistenten und andere Mitarbeiter.⁸⁷ Das Kabinett arbeitet

84 Zu den schwierigen Anfängen der Kommission Prodi vgl. Joachim Fritz-Vannahme/Christian Wernicke: Noch üben und lernen sie. Das Europa-Parlament hat der EU-Kommission entscheidende Rechte abgetrotzt, in: Die Zeit Nr. 37, 9. September 1999.

85 Franz-Josef Reuter: Deutschland und die Fortentwicklung der Europäischen Union, in: Rudolf Strohmeier (Hg.): Die Europäische Union. Ein Kompendium aus deutscher Sicht. 2. Aufl. Opladen u. a. 1999, S. 9–20, hier S. 20.

86 Vgl. dazu die Darstellung des kommissionsinternen Entscheidungsverfahrens aus Insider-Sicht: Rudolf Strohmeier: Die Entscheidungsverfahren auf der Ebene der Europäischen Union, in: Ders. (Hg.): Die Europäische Union. Ein Kompendium aus deutscher Sicht, S. 119–133, hier S. 122.

87 Unter Kommissionspräsident Romano Prodi wurde 1999 die Arbeitsweise der Kommission reformiert. Dabei wurde die Zahl der Kabinettsmitglieder begrenzt und zugleich die Kabinette stärker „europäisiert“: In den Gründerjahren der Gemeinschaft hatten die zunächst fünf Kabinettsmitglieder fast immer die gleiche Nationalität wie ihr Kommissar. Unter Kommissionspräsident Delors konnte ein sechstes Kabinettsmitglied berufen werden, – sofern es aus einem anderen Mitgliedstaat stammt. Kabinettschef und Stellvertreter müssen unterschiedliche Staatsangehörigkeiten haben, ebenso muss der Sprecher eine andere Nationalität als der Kommissar haben. Vgl. Prodi schafft den ‚gläsernen EU-Kommissar‘, in: Die Welt, 19. Juli 1999; vgl. EU-Kommissare billigen Ehrenkodex, in: Berliner Zeitung,

im Sinne eines persönlichen Büros des jeweiligen Kommissars als politisches Unterstützungs- und Exekutivorgan. Zentrale Aufgabe der Berater, die jeweils für mehrere Politikbereiche zuständig sind, ist es, den Kommissar über die verschiedenen Politikbereiche zu informieren und bei der Entscheidung zu unterstützen, was für die Kommission politisch vorrangig ist.⁸⁸ Hinzu können noch in beschränktem Umfang (externe) Sonderberater der Mitglieder der Europäischen Kommission kommen, wobei hier ausdrücklich auf das Nichtvorliegen von – vor allem wirtschaftlichen – Interessenkonflikten zu achten ist.⁸⁹

Zentrale Akteure bei der Steuerung des politischen Handelns der Kommission sind die Kabinettschefs. Sie bereiten die Tagesordnung für die wöchentlichen Sitzungen des Kollegiums vor und stimmen sich bereits untereinander ab: Die sogenannten A-Punkte, über die Einigkeit besteht, sind ohne größere weitere Beratung entscheidungs- und beschlussfähig, B-Punkte hingegen bedürfen der Diskussion im Kollegium der Kommission. Im Fall der Abwesenheit eines Kommissionsmitglieds kann sein Kabinettschef an der Sitzung der Kommission (ohne Stimmrecht) teilnehmen.⁹⁰ Beschlüs-

se werden in den Sitzungen der Kommission mit einfacher Mehrheit gefasst⁹¹, bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Kommissionspräsidenten.⁹² Allerdings wird die überwiegende Mehrzahl der Beschlüsse außerhalb der Sitzungen im sogenannten schriftlichen Verfahren (Umlaufverfahren) getroffen, wobei ein Vorschlag allen Kommissionsmitgliedern schriftlich vorgelegt wird und als gebilligt gilt, wenn innerhalb einer bestimmten Frist keine Einwände erhoben werden.

Bekannte Kabinettschefs aus Deutschland waren unter anderem Karl-Heinz Narjes (Kabinettschef bei Walter Hallstein), Ernst Albrecht⁹³ (Kabinettschef bei Kommissar Hans von der Groeben) und Marcell von Donat⁹⁴ (Kabinettschef bei Kommissar Peter Schmidhuber), heute sind es Johannes Laitenberger (zunächst Kabinettschef bei Kommissarin Viviane Reding, seit 2009 Kabinettschef bei Kommissionspräsident Barroso), Michael Köhler (Kabinettschef bei den Kommissaren Joe Borg und Günther Oettinger), Martin Selmayr (Kabinettschef bei Viviane Reding).⁹⁵ In anderen Fällen werden Kabinettschefs auch aus der nationalen Beamtenschaft rekrutiert.⁹⁶

Die Tätigkeit als Mitarbeiter oder Chef eines Kabinetts ist in der Regel keine Sackgasse, sondern kann im Erfolgsfall ein Sprungbrett für andere (Leitungs-)Funktionen innerhalb und außerhalb der Kommission sein. Dies zeigen idealtypisch die Biographien von Karl-Heinz Narjes, der nach Tätigkeit als Kabinettschef und Generaldirektor über mehrere nationale „Zwischenschritte“ schließlich als Kommissar wieder nach Brüssel kam, oder von Pascal Lamy, der von 1985 bis 1994 Kabinettschef bei Kommissionspräsident Jacques Delors war, nach einer Tätigkeit im französischen Bankensektor 1999 in der Kommission Prodi Handelskommissar wurde und heute WTO-Generaldirektor ist.

19. Juli 1999; vgl. Dietrich Rometsch: Die Kommission, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000. S. 77–86, hier S. 81.

88 Vgl. die entsprechende Definition im Webauftritt der Kommission: http://ec.europa.eu/civil_service/about/how/cabinet_de.htm (Abruf: 4. April 2013).

89 Vgl. http://ec.europa.eu/civil_service/about/who/sa_en.htm (Abruf: 4. April 2013) sowie die Regelung für Sonderberater der Kommission von 2007: http://ec.europa.eu/civil_service/docs/special_advisers/comm_c_2007_6655_1_de.pdf (Abruf: 4. April 2013). Entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu EU-Dokumenten (ABl L 145 vom 31.5.2001, S. 43-48, in: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32001R1049:de:HTML>, Abruf: 4. April 2013) muss die Liste der Sonderberater veröffentlicht werden. Sonderberater mit deutschem Hintergrund sind gegenwärtig u. a. der ehemalige Generalanwalt am EuGH, Carl Otto Lenz (Sonderberater bei der Vizepräsidentin der Kommission, Viviane Reding), Horst Reichenbach, ehemaliger EU-Beamter und Kabinettschef bei Kommissarin Monika Wulf-Mathies, zurzeit Leiter der „Task Force Griechenland“ der Kommission (Sonderberater bei Kommissar Olli Rehn), die ehemalige SPD-Europaabgeordnete Christa Randzio-Plath (Sonderberaterin bei Kommissar László Andor), der ehemalige CDU-Europaabgeordnete Kurt Lauk (Sonderberater bei Kommissar Günther Oettinger), der ehemalige Generaldirektor für Regionalpolitik Dirk Ahner (Sonderberater bei Kommissar Dacian Cioloș), die ehemalige Verfassungs- und EGMR-Richterin Renate Jaeger (Sonderberaterin bei Kommissar Maroš Šefčovič). Bekannt wurde ein Interessenkonflikt beim ehemaligen SPD-Europaabgeordneten Rolf Linkohr, der von 2005 bis 2007 Sonderberater des damaligen EU-Kommissars für Energie, Andris Piebalgs, war; vgl. Petra Pinzler: Die Dunkelmänner, in: Die Zeit Nr. 48, 23. November 2006 (<http://www.zeit.de/2006/48/EU-Lobby>, Abruf: 4. April 2013).

90 Vgl. Art. 10 Abs. 2 Geschäftsordnung der Kommission, Beschluss 2010/138/EU der Kommission vom 24. Februar 2010 zur Änderung ihrer Geschäftsordnung, ABl L 55, S. 60f.; Beschluss 2011/737/UE der Kommission vom 9. November 2011 zur Änderung ihrer Geschäftsordnung, ABl L 296, S. 58f.

91 Protokolle der Kommissionssitzungen: <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/pvOverview.cfm?CL=de>; zur Transparenz der Kommission: http://ec.europa.eu/transparency/in dex_en.htm (Abruf: 4. April 2013).

92 Zur konkreten Praxis in den Kommissionen Delors I–III vgl. Peter M. Schmidhuber: Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler, S. 33f.

93 Ernst Albrecht wurde anschließend Generaldirektor der EG, bis er 1970 als Abgeordneter in die niedersächsische Landespolitik wechselte, wo er 1976 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde.

94 Zu Biographie des langjährigen Kommissionsbeamten von Donat vgl. <http://www.eui.eu/HAEU/OralHistory/pdf/INT686.pdf> (Abruf: 6. Juni 2013).

95 Vgl. EU-Kommission: Deutsche rücken an die Spitze der Beraterstäbe, in: Handelsblatt, 17. Dezember 2009.

96 Pascal Lamy war zunächst nationaler Spitzenbeamter, bevor Kommissionspräsident Jacques Delors ihn 1985 zu seinem Kabinettschef ernannte. Kommissar Günter Verheugen nahm seinen früheren Büroleiter, den Karrierediplomaten Peter Tempel, 1999 mit nach Brüssel, der dort zunächst Stellvertretender Kabinettschef und von 2002 bis 2006 Kabinettschef bei Kommissar Verheugen war. Nach einer Station in Berlin ist Tempel inzwischen Botschafter und Ständiger Vertreter bei der Europäischen Union in Brüssel. Nachfolgerin Tempels als Kabinettschefin wurde 2006 die brandenburgische Landesbeamtin Petra Erler.

Weitaus häufiger ist jedoch das Wechseln zwischen einer Beamtentätigkeit in den Generaldirektionen der Kommission und den Kabinetten der Kommissare sowie zurück auf eine zumeist höher angesiedelte EU-Funktion. Beispiele dafür sind die Biographien von Günther Burghardt, Stellvertretender Kabinettschef bei Kommissar Karl-Heinz Narjes und Kommissionspräsident Jacques Delors, später Generaldirektor und am Ende seiner Kommissionskarriere EU-Botschafter in den USA, oder Rudolf Strohmeier, Mitglied unter anderem in den Kabinetten der Kommissare Peter Schmidhuber und Franz Fischler, bei Kommissionspräsident Romano Prodi und Kabinettschef bei Kommissarin Viviane Reding, heute Stellvertretender Generaldirektor in der Generaldirektion Forschung.⁹⁷

Die Mitglieder der Kabinette und speziell die Kabinettschefs sind nicht nur essentielle Brückenglieder in die verschiedenen Dienststellen der Kommission hinein, sie sind auch wichtige „Verbindungsleute“ zwischen der Kommission und den mitgliedstaatlichen Regierungen. Über sie und durch sie werden politische Ziele und Überlegungen auf die jeweilige „andere“, nationale bzw. EU-Ebene, eingespeist.

Kontaktleute zwischen Brüssel und den nationalen Regierungen

Eine ähnliche Funktion haben auch die Vertretungen der Europäischen Union in den Mitgliedstaaten. Sie dienen als „Bindeglied zwischen nationaler Politik und Öffentlichkeit einerseits und dem Kommissionssitz in Brüssel andererseits“.⁹⁸ In der täglichen Arbeit sichern die Vertretungen dabei den Informationsfluss in beide Richtungen, indem sie Bürger und Medien über die Politik der Kommission informieren und den Kontakt zu den Parlamenten und Regierungen von Bund und Ländern halten. Umgekehrt informieren die Vertretungen die Kommissionsdienststellen über die politische Lage im jeweiligen Mitgliedstaat und machen die Zentrale in Brüssel auf spezielle nationale Sichtweisen und Anliegen aufmerksam. Insofern sind die Vertretungen der

97 Weitere Beispiele erfolgreicher Kommissionskarrieren von Kabinettsmitgliedern deutscher Herkunft: Peter Schwaiger, Mitglied in den Kabinetten der Kommissarinnen Loyola de Palacio und Benita Ferrero-Waldner, heute Botschafter der EU in Lateinamerika; Klaus-Dieter Borchardt, Stellvertretender Kabinettschef bei Kommissarin Mariann Fischer Boel, inzwischen Direktor in der GD Landwirtschaft; Sabine Weyand, Kabinettschefin bei Kommissar Louis Michel, heute Direktorin im Generalsekretariat der Kommission; Kerstin Jorna, Kabinettsmitglied bei den Kommissaren Michel Barnier und Günter Verheugen und Kabinettschefin bei Kommissar Jacques Barrot, inzwischen Direktorin in der GD Binnenmarkt; Walter Deffaa, Kabinettschef bei Kommissarin Monika Wulf-Mathies und inzwischen Generaldirektor für Regionalpolitik. In ähnlicher Weise waren auch viele inzwischen pensionierte Generaldirektoren wie Manfred Caspari, Heinrich von Moltke, Alexander Schaub oder Nikolaus van der Pas in früheren Stationen in den Kabinetten verschiedener Kommissare tätig.

98 Vgl. http://ec.europa.eu/deutschland/commission/index_de.htm (Abruf: 4. April 2013).

Kommission in den Mitgliedstaaten von ihrer Aufgabe her durchaus mit den Botschaftern im klassischen zwischenstaatlichen Bereich zu vergleichen.

Im Regelfall werden die Vertretungen der Kommission von erfahrenen Kommissionsbeamten geleitet, wobei die Besetzung zumeist im engen Kontakt mit den mitgliedstaatlichen Regierungen erfolgt. Die Vertretung der Kommission in Deutschland, die 1999 mit dem Regierungsumzug von Bonn nach Berlin gewechselt ist, unterhält zudem zwei (Regional-)Vertretungen für West- und Süddeutschland in Bonn und München. Leiter der Vertretung in Deutschland waren in den vergangenen Jahrzehnten Gerd Langguth (1988–1993), Axel R. Bunz (1993–2003), Gerhard Sabathil (2004–2008) sowie Matthias Petschke (seit 2009). Während Gerd Langguth aus der deutschen Politik kam, haben die nachfolgenden Leiter der Kommission eher klassische Brüsseler Karrieren. Gerhard Sabathil war früher Mitglied im Kabinett des Vizepräsidenten Karl-Heinz Narjes und leitete vor seinem Wechsel nach Berlin die EU-Delegation für Norwegen und Island. Heute ist er Direktor im Europäischen Auswärtigen Dienst.⁹⁹

Spiegelbildlich zur Vertretung der Kommission in Deutschland unterhält Deutschland als EU-Mitgliedstaat eine „Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union“. Mit 190 Mitarbeitern ist sie allerdings weitaus stärker besetzt als die Vertretung der EU in Berlin. Ihr kommt eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung der deutschen Interessen in der EU, aber auch bei der Werbung für europäische Fragestellungen in Deutschland zu.¹⁰⁰ An ihrer Spitze steht der Ständige Vertreter, in der Regel ein bewährter Laufbahnbeamter des Auswärtigen Dienstes im Rang eines Botschafters, der Deutschland im Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (ASTV oder COREPER) vertritt.

Je nach politischer Lage in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren wechselnden Koalitionsregierungen kann ergänzend zu dem vom Auswärtigen Amt benannten Ständigen Vertreter auch die Europaabteilung des Bundeskanzleramts für die Vermittlung der europapolitischen Positionen der Bundesregierung in die Kommission hinein eine zusätzliche wichtige Rolle spielen.¹⁰¹

99 Auch der Leiter der Vertretung in München, Henning Arp, war zuvor Mitglied im Kabinett der Umweltkommissarin Margot Wallström. Ebenso waren beispielsweise die Leiterin der EU-Vertretung im Vereinigten Königreich, Christine Dalby, früher Mitglied im Kabinett von Kommissarin Ritt Bjerregaard; der Leiter der EU-Vertretung in Österreich, Richard Kühnel, war zuvor Mitglied im Kabinett von Kommissarin Benita Ferrero-Waldner.

100 Ein eigener Arbeitsbereich „Personal bei den EU-Institutionen“ in der Politischen Abteilung der Ständigen Vertretung bearbeitet die Aufgabengebiete Personalpolitik in den EU-Institutionen sowie Pflege der Kontakte zu den deutschen Beschäftigten bei den EU-Institutionen.

101 Die bekanntesten Namen, von der fachlichen Herkunft zumeist ebenfalls ursprünglich aus dem Auswärtigen Dienst stammend, sind hier Joachim Bitterlich (bei Bundeskanzler Helmut Kohl), Reinhard Silberberg (europapolitischer Berater von Bundeskanzler Schröder, in der Großen Koalition ab 2006 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und inzwischen deutscher Botschafter in Madrid), Uwe Corsepius (inzwischen Generalsekretär des Rates) und aktuell Nikolaus Meyer-Landrut.

Christlich-demokratische Netzwerke in Brüssel

Wie stimmen sich die deutschen Christdemokraten in Brüssel über aktuelle Themen der Europapolitik ab? Welche Gesprächskreise und Netzwerke sind hier von besonderer Bedeutung? Eine einflussreiche Einrichtung ist nach wie vor die CDU/CSU-Aktionsgemeinschaft, eine informelle Koordinierungsgruppe von deutschen Kommissionsmitarbeitern, die der CDU/CSU nahestehen.¹⁰² Gegründet als Reaktion auf den zunehmenden sozialliberalen Einfluss auf die Europapolitik seit 1970, war die Aktionsgemeinschaft vor allem in den 1980er Jahren die wichtigste Drehscheibe zur Abstimmung von Interessen nach innen wie außen. Rudolf Strohmeier ist seit langen Jahren Geschäftsführer und Koordinator der Aktionsgemeinschaft, über ihn und den Sprecherrat können Kontakte in die unterschiedlichen Dienststellen der Kommission hergestellt werden. Einer breiten europapolitisch interessierten Öffentlichkeit in Deutschland wurde die Aktionsgemeinschaft bekannt durch die Publikation von Argumentationsblättern für verschiedene Europawahlkämpfe, die überarbeitet auch in Buchform veröffentlicht wurden.¹⁰³

Durch neuere Entwicklungen und zusätzliche europapolitische Akteure in der deutschen Europapolitik ist das Gewicht der Aktionsgemeinschaft mittlerweile etwas reduziert: Beginnend mit dem Hanse-Office 1985, haben in den 1990er Jahren schrittweise alle deutschen Länder zur Sicherung ihres politischen Einflusses Büros bzw. Landesvertretungen in Brüssel eingerichtet. Auch der Deutsche Bundestag unterhält seit 2007 ein Verbindungsbüro in Brüssel, über welches die Bundestagsverwaltung und die Fraktionen des Bundestages Kontakte zur Kommission und zum Europäischen Parlament pflegen. Hinzu kommt eine steigende Zahl von Verbänden, Unternehmen und anderen Akteuren, die eigene Büros unterhalten, so dass über die Jahre hinweg verschiedene zusätzliche Netzwerke auch in christdemokratischer Perspektive entstanden sind.

Ähnlich wie die Kabinettschefs der Kommissare stimmen sich auch die Generaldirektoren der Kommission (und ihre Stellvertreter) im Direktorenkreis über die laufenden Vorhaben regelmäßig untereinander ab. Die Koordinierung der christdemokratischen bzw. der EVP nahestehenden Direktoren wird dabei durch Klaus Rudischhauser, Stellvertretender Generaldirektor in der GD Entwicklung und Zusammenarbeit (DEVCO), vorgenommen.¹⁰⁴ In vergleichbarer Weise finden zur Wahrung des horizontalen Blicks Abstimmungen auf der Abteilungsleiterbene der Kommission (Abteilungsleiterkreis) statt.

102 Vgl. Die wichtigsten 10 Deutschen in Brüssel, in: Die Welt, 2. Januar 2007 (<http://www.welt.de/705784>, Abruf: 4. April 2013).

103 Strohmeier (Hg.): Die Europäische Union. Ein Kompendium aus deutscher Sicht.

104 Vgl. das offizielle Verzeichnis der Generaldirektoren der Kommission und ihrer Stellvertreter mit Lebensläufen, in: http://ec.europa.eu/civil_service/about/who/dg_en.htm (Abruf: 4. April 2013).

Um die zunächst eher informellen parteipolitischen Kontakte zu institutionalisieren wurde 1996 von deutschen Christdemokraten in Brüssel der erste und bislang einzige Auslandsverband in der Geschichte der CDU gegründet.¹⁰⁵ Der CDU-Verband Brüssel-Belgien ist als Kreisverband (mit Stimmrecht beim CDU-Bundesparteitag) direkt dem Bundesvorstand der CDU zugeordnet und erfüllt eine wichtige Funktion für CDU-Mitglieder, die in Belgien bzw. Brüssel zeitweise oder dauerhaft wohnen und in europäischen Institutionen und internationalen Organisationen arbeiten. Die Gründung erfolgte auf Grundlage eines Beschlusses des Bundesvorstands der CDU nach § 18 Abs. 7 Statut der CDU.¹⁰⁶ Die ursprüngliche Satzung von 1996 wurde im Jahr 2006 geändert, um der Umwandlung in einen „Verband ohne Erwerbszweck“ (ASBL) nach belgischem Recht Rechnung zu tragen.¹⁰⁷ Derzeit zählt der CDU-Verband Brüssel-Belgien über 260 Mitglieder.¹⁰⁸

Gründungsvorsitzender war Hans-Jürgen Kerkhoff, der in den 1990er Jahren das Brüsseler Büro der Wirtschaftsvereinigung Stahl leitete. Sein Nachfolger wurde 1999 Thomas Jansen, der als langjähriger Generalsekretär der Europäischen Volkspartei ebenfalls bestens in Brüssel vernetzt war.¹⁰⁹ 2006 wählte der CDU-Verband zum neuen Vorsitzenden Jochen Richter, seit 1994 EU-Beamter in verschiedenen Funktionen in Kommission und EP, unter anderem Mitglied des Kabinetts von Kommissar Frits Bolkestein und Stellvertretender Kabinettschef bei Kommissar Leonard Orban, derzeit in leitender Funktion im Generalsekretariat des Europäischen Parlaments tätig. Der Vorstand ist über die Jahre so ein Abbild der verschiedenen Institutionen, Funktionen und europapolitischen Tätigkeiten in Brüssel: Neben Kommissions- und Parlamentsmitarbeitern sind in ihm auch Mitarbeiter von Verbänden und Landesvertretungen tätig geworden.

Ebenfalls besteht, jedoch zahlen- und organisationsmäßig deutlich schwächer, eine CSU-Gruppe in Brüssel. In ihr kommen, ergänzend zur CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament, in der die zur Zeit acht Europaabgeordneten der CSU zusammengeschlossen sind,¹¹⁰ derzeit vor allem Parlamentsmitarbeiter und andere in Brüssel arbeitende bayerische Europäer zusammen. Vorsitzender der CSU in Brüssel ist seit 2012 Udo Bux, Mitarbeiter des Europäischen Parlaments.

Im Jahr 2008 wurde auch ein „Junge Union Auslandsverband Brüssel“ gegründet, in dem sich junge Christdemokraten organisieren, die vorübergehend oder dauerhaft in

105 Vgl. <http://www.cdu-bruessel.org/index.php?ka=2&ska=-1> (Abruf: 4. April 2013).

106 Vgl. das entsprechende Dokument bei http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU//Programme_Beschluesse/Auslandsverband_Bruessel_Beschluss_1996.pdf (Abruf: 4. April 2013).

107 Zur aktuellen Satzung vgl. <http://www.cdu-bruessel.org/index.php?ka=2&ska=16> (Abruf: 4. April 2013).

108 Vgl. <http://www.cdu-bruessel.org/index.php?ka=2&ska=14> (Abruf: 4. April 2013).

109 Vgl. Union in Deutschland (UiD) Nr. 31 (1999), S. 28.

110 Vgl. <http://www.csu-europagruppe.de> (Abruf: 4. April 2013).

Brüssel leben und arbeiten.¹¹¹ Nachfolger des Gründungsvorsitzenden Tim Peters ist seit 2009 der Kommissionsmitarbeiter Bodo Lehmann aus dem Team von Kommissar Günther Oettinger.¹¹²

Zweifellos größeren Einfluss hat der Wirtschaftsrat der CDU e. V., der ebenfalls mit einem Landesverband in Brüssel vertreten ist. Der Landesverband zählt rund 100 Mitglieder in einflussreichen Positionen und unterhält eine eigene Landesgeschäftsstelle, die beim jeweiligen Vorsitzenden angesiedelt ist. Im monatlichen Rhythmus sucht der Wirtschaftsrat Brüssel bei seinen „Jours Fixes“ den Austausch zwischen Vertretern der Wirtschaft, Abgeordneten des Europäischen Parlaments und den Entscheidungsträgern in der Kommission.¹¹³ Hinzu kommt die Veranstaltungsreihe „Business meets Administration“. Ausdrücklich weist der Wirtschaftsrat in seinem Jahresbericht auf die Bedeutung des Austauschs mit der Aktionsgemeinschaft hin: „Der Austausch mit der Aktionsgemeinschaft der CDU/CSU-Beamten der Europäischen Kommission ist zudem ein wichtiges Element der Arbeit des Wirtschaftsrates Brüssel – denn bei diesen quartalsweisen Zusammenkünften gelingt es, Gesetzesinitiativen der Kommission in einem frühen Stadium zu diskutieren und den notwendigen Dialog zwischen Wirtschaft und Verwaltung zu initiieren. Ebenso pflegt der Wirtschaftsrat durch seinen Brüsseler Beirat regelmäßige Kontakte zu den Spitzenbeamten der Europäischen Kommission.“¹¹⁴ Mit prominent besetzten Leuchtturmveranstaltungen wie den Europasymposien des Wirtschaftsrates zu aktuellen politischen Themen sensibilisiert der Landesverband für wichtige politische Weichenstellungen in Europa und bringt sich aktiv in politische Debatten ein.

Dritter Akteur bei der Koordinierung der Netzwerke christlich-demokratisch orientierter Interessen in Brüssel neben der Aktionsgemeinschaft und den Brüsseler CDU-Gliederungen ist das „Europabüro Brüssel“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. Gegründet 1978 im Vorfeld der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments als Außenstelle Brüssel des damaligen Büros für Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung erhielt die Außenstelle im Jahr 1988 den Namen Europabüro Brüssel und begleitet seit der Gründung aktiv die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union. Darüber hinaus betreut das Europabüro regelmäßig Projekte in den drei Benelux-Staaten. Ziel ist es, in der Tradition Konrad Adenauers Einfluss auf den Europäischen Integrationsprozess im Allgemeinen und die Politik der EU im Besonde-

111 Vgl. <http://ju-bruessel.generation-ju.de/content/startseite/> (Abruf: 4. April 2013).

112 Vgl. <http://ju-bruessel.generation-ju.de/content/presse/66082> (Abruf: 4. April 2013).

113 [http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/05C7E7FC3DAEAFDEC1257808003C123F/\\$file/jahresbericht_brx_2011.pdf](http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/05C7E7FC3DAEAFDEC1257808003C123F/$file/jahresbericht_brx_2011.pdf) (Abruf: 4. April 2013).

114 Jahresbericht 2010 des Wirtschaftsrates der CDU e. V., Landesverband Brüssel, in: [http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2010-de/\\$file/wr_jahresbericht_2010.pdf](http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2010-de/$file/wr_jahresbericht_2010.pdf) (Abruf: 4. April 2013).

ren zu nehmen. Dabei versteht sich das Europabüro als Forum christdemokratischer Interessen.¹¹⁵

Weitere Säule der Arbeit des Europabüros Brüssel der KAS ist seit 2001 auch das Programm „Multinationaler Entwicklungsdialo (MNED)“¹¹⁶, mit dem der entwicklungspolitische Dialog zwischen der Europäischen Union und den Partnern der KAS aus den Entwicklungskontinenten und der europäischen Nachbarschaft gefördert wird. Im Rahmen des MNED werden Erfahrungen und Expertisen der weltweiten Projektarbeit der KAS sowie die Interessen der deutschen Entwicklungspolitik in die Konsultations- und Entscheidungsprozesse der Europäischen Union, speziell der Kommission, eingebracht. Eine wesentliche Plattform für die Interessenvermittlung der Konrad-Adenauer-Stiftung stellt in diesem Zusammenhang das Netzwerk Europäischer Politischer Stiftungen (ENoP)¹¹⁷ dar.

Erster Leiter der Brüsseler KAS-Außenstelle war Hans Werner Dahl, ihm folgten 1992 Klaus Weigelt, im Jahr 1998 Franz-Josef Reuter und von 2003 bis 2010 Peter R. Weilemann. Mit ihm wurde das Europabüro der Stiftung zu einem nicht mehr wegzudenkenden Akteur in der europäischen Politik.¹¹⁸ Der gegenwärtige Direktor des Europabüros, Stefan Gehrold, setzt die bewährte Arbeit des Eurobüros in unterschiedlichen Formaten wie Analysen, Konferenzen, Vorträgen, Roundtables, Workshops und Dialogprogrammen fort. Dabei stützt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel auf ein breites Netz von Partnern in den Europäischen Institutionen, speziell dem Europäischen Parlament und der Kommission, den Akteuren der Benelux-Länder und der NATO sowie in Think Tanks und deutschsprachigen und internationalen Medien.

Besonders eng arbeitet das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem 2007 gegründeten „Centre for European Studies (CES)“ zusammen, das als europäische politische Stiftung der Think Tank der Europäischen Volkspartei und ebenfalls in Brüssel domiziliert ist.¹¹⁹ Forschungsdirektor des CES ist der ehemalige Kommissionsbeamte und frühere Außenstellenleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau, Roland Freudenstein.

Seit 1982 unterhält auch die Hanns-Seidel-Stiftung eine Verbindungsstelle in Brüssel und trägt so als Bindeglied nach München der zentralen Bedeutung Brüssels für die Politikgestaltung der EU-Mitgliedsstaaten und Bayerns Rechnung. Als Nachfolger von Markus Russ ist seit 2009 Christian Forstner Leiter des Verbindungsbüros, das bei sei-

115 Vgl. Günter Beugrand: Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine Chronik in Berichten und Interviews mit Zeitzeugen. Sankt Augustin 2003, S. 187–191.

116 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung, Multinationaler Entwicklungsdialo (<http://www.kas.de/bruessel/de/pages/2914/>, Abruf: 4. April 2013).

117 Vgl. <http://www.european-network-of-political-foundations.eu/cms/> (Abruf: 4. April 2013).

118 Vgl. <http://www.kas.de/wf/de/71.9740> (Abruf: 4. April 2013).

119 Vgl. <http://thinkingeurope.eu/centre-european-studies> (Abruf: 4. April 2013).

ner Arbeit ebenso wie die Konrad-Adenauer-Stiftung neben dem europapolitischen Dialog ein besonderes Augenmerk auf den entwicklungspolitischen Dialog legt.¹²⁰

Von großer Bedeutung für die Arbeit der Stiftung ist das umfangreiche Netzwerk der Stipendiaten und Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit 1965 wurden über 11.000 Studierende durch die Begabtenförderung der KAS mit einem Stipendium gefördert, davon 2.000 Ausländer.¹²¹ Neben der materiellen Förderung ist besonders die ideelle Förderung ein identitätsstiftendes Element der Begabtenförderung. Inzwischen bestehen in Deutschland und international rund 50 Altstipendiaten-Regionalgruppen, darunter je eine in Straßburg und in Brüssel.¹²² Erster Sprecher der Brüsseler Regionalgruppe war Gerhard Sabathil, ihm folgten Hans-Jürgen Kerkhoff und anschließend Dieter Birkenmaier. Seit 2012 sind Christiane Höhn und Michael Adam die Sprecher der Brüsseler Altstipendiaten-Regionalgruppe. Neben der Aktionsgemeinschaft und den verschiedenen Brüsseler Unions-Gliederungen ist die Altstipendiaten-Regionalgruppe Brüssel, in der knapp 100 Personen, darunter auch verschiedene höhere EU-Beamte und Europaabgeordnete Mitglieder sind, somit eine wichtige Drehscheibe zur Vermittlung von Kontakten in die EU-Institutionen und dabei besonders in die Kommission.

Bemerkenswert ist, dass durch die systematische Förderung von qualifizierten Studierenden die Regionalgruppe Brüssel auch etliche Mitglieder aus (vor allem ost-) europäischen Staaten zählt, so dass das Brüsseler Altstipendiaten-Netzwerk inzwischen eine größere Perspektive bekommen hat. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Berufsorientierung/Berufsförderung der Begabtenförderung werden Stipendiaten und junge Altstipendiaten mit Hilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung auf Karrieren in nationalen, europäischen und internationalen Arbeitsfeldern vorbereitet, unter anderem durch gezielte Vorbereitung auf die Personalauswahlverfahren (Concours) der EU-Institutionen, die das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) durchführt. Ergänzt werden diese Aktivitäten durch das Robert-Schuman-Förderprogramm, mit dem die Konrad-Adenauer-Stiftung ihr Profil als Talentschmiede für den politischen Nachwuchs auf der europäischen Ebene zusätzlich schärfen will.¹²³

Mit den verschiedenen Aktivitäten in Sankt Augustin, den Bildungszentren Schloss Eichholz und Schloss Wendgraben, in Berlin sowie Brüssel unterstützt und stärkt die Konrad-Adenauer-Stiftung christlich-demokratisch orientiertes Handeln in Europa.

120 Vgl. <http://www.hss.de/internationale-arbeit/verbindungsstellen/verbindungsstelle-bruessel.html> (Abruf: 4. April 2013).

121 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung, Begabtenförderung, Über uns (<http://www.kas.de/wf/de/71.5130/>, Abruf: 4. April 2013). Vgl. auch Günter Rüter/Burkard Steppacher (Hg.): Talente entdecken – Talente fördern. 40 Jahre Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 2005.

122 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung, Begabtenförderung, Altstipendiaten (<http://www.kas.de/wf/de/71.3784/>, Abruf: 4. April 2013).

123 Vgl. http://www.kas.de/upload/begabtenfoerderung/seminare2013/2013_Berufsorientierung.pdf (Abruf: 4. April 2013).

Die in den 1990er Jahren erkannten personalpolitischen Defizite in der Europäischen Union konnten durch konsequentes und kontinuierliches Handeln inzwischen schrittweise gemildert und zum Teil ausgeglichen werden. Damit dies von Dauer bleibt, ist eine nachhaltige Unterstützung dieser Anstrengungen durch die politischen Entscheidungsträger in Bund und Ländern auch künftig unverzichtbar.

Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung
herausgegeben von
Günter Buchstab, Hanns Jürgen Küsters,
Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

Band 66
Hanns Jürgen Küsters (Hg.)
Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten
Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel
(1945–2013)

Droste

Hanns Jürgen Küsters (Hg.)

Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten
Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel
(1945–2013)

Droste

Bildquellennachweis:

picture-alliance/Senzer: 1; KAS-ACDP: 2; picture-alliance/Chris Hoffmann: 3;
Europäische Kommission Audiovisual Services P-008949/00-1: 4;
picture-alliance/Alfred Hennig: 5; picture-alliance/Roland Witschel: 6;
picture-alliance/Egon Steiner: 7; picture-alliance/Fritz Fischer: 8; Slomifoto/KAS-ACDP: 9;
Bundesarchiv, B 145 Bild-F078498-0022/Engelbert Reineke: 10;
picture-alliance/Wiktor Dabkowski: 11; BPA, B 145 Bild-00105626/
Engelbert Reineke: 12; BPA, B 145 Bild-00014001/Engelbert Reineke: 13;
BPA, B 145 Bild-00001622/Christian Stutterheim: 14; European People's Party: 15;
BPA, B 145 Bild-00131746/Bernd Kühler: 16;
Europäische Kommission Audiovisual Services P-012798/00-35: 17.

Verlag und Autor danken den Rechteinhabern aller dieser im Buch
abgebildeten Fotos für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.
Bei einigen Bildern gelang es trotz intensiver Nachforschungen nicht,
die Urheber ausfindig zu machen. Honoraransprüche bleiben bestehen.

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2014 Droste Verlag GmbH, Düsseldorf
Gesamtherstellung: Cicero Computer GmbH, Bonn
ISBN 978-3-7700-1918-2

Inhaltsverzeichnis

<i>Hans-Gert Pöttering</i> Grußwort	7
<i>Hanns Jürgen Küsters</i> Einführung	9
Die Rolle der deutschen Christlichen Demokraten in transnationalen und europäischen Gremien	
<i>Wolfram Kaiser</i> Deutsche Christliche Demokraten in der transnationalen Parteien- kooperation: Konstitutionalisierung, Erweiterung und Programmatik	25
<i>Thomas Jansen</i> Deutsche Christliche Demokraten im Europäischen Parlament	49
<i>Burkard Steppacher</i> Deutsche Christliche Demokraten in der Europäischen Kommission und ihr Wirken in politischen Netzwerken	89
Die Europapolitik christlich-demokratischer Bundeskanzler	
<i>Michael Gehler/Hinnerk Meyer</i> Konrad Adenauer, Europa und die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland im Kontext von privaten und politischen Netzwerken	117
<i>Philipp Gassert</i> Kurt Georg Kiesinger, Rainer Barzel und das europäische Projekt	157
<i>Hanns Jürgen Küsters</i> Helmut Kohl und der Europäische Rat	179
<i>Ulrich Lappenküper</i> Helmut Kohl als europapolitischer Netzwerker: Seine Zusammenarbeit mit François Mitterrand, Felipe González und Jacques Chirac	203

Inhaltsverzeichnis

<i>Klaus Larres</i> Schwierige Verbündete: Margaret Thatcher, John Major und die Politik Helmut Kohls	233
<i>Gerd Langguth (†)</i> Die Europapolitik Angela Merkels	271
Innenpolitische Auseinandersetzungen über die Europapolitik der deutschen Christlichen Demokraten	
<i>Mathieu Segers</i> Der Streit um die deutsche Europapolitik in den 1950er Jahren	295
<i>Tim Geiger</i> Der Streit um die deutsche Europapolitik in den 1960er Jahren	331
<i>Stefan Fröhlich</i> Die innenpolitischen Kontroversen über die Europapolitik in der Regierung Kohl	363
<i>Rudolf Hrbek</i> Europapolitik als Kontroversthemata zwischen Bund und Ländern	383
Abkürzungsverzeichnis	419
Personenregister	423
Mitarbeiter des Bandes	431

Mitarbeiter dieses Bandes

- Fröhlich, Stefan*, Dr. rer. pol., Professor für Internationale Politik an der Friedrich-Alexander Universität, Erlangen-Nürnberg
- Gassert, Philipp*, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Mannheim
- Gehler, Michael*, Dr. phil., Professor und Leiter des Instituts für Geschichte und Jean Monnet-Chair für vergleichende europäische Zeitgeschichte und Geschichte der europäischen Integration an der Stiftung Universität Hildesheim; Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung (INZ) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien
- Geiger, Tim*, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, Abteilung im Auswärtigen Amt
- Hrbek, Rudolf*, Dr. phil., emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität, Tübingen
- Jansen, Thomas*, Dr. phil., Generalsekretär der Europäischen Volkspartei a. D., Triest
- Kaiser, Wolfram*, Dr. phil., Professor für European Studies an der Universität Portsmouth
- Küsters, Hanns Jürgen*, Dr. rer. pol., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Langguth, Gerd* (†), Dr. phil., Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung a. D.; Staatssekretär a. D.; apl. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Lappenküper, Ulrich*, Dr. phil., Geschäftsführer und Vorstand der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh; apl. Professor für Neuere Geschichte an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg
- Larres, Klaus*, Dr. phil., Richard M. Krasno Distinguished Professor of History & International Affairs, University of North Carolina, Chapel Hill; Senior Fellow, Center for Transatlantic Relations, Johns Hopkins University, Washington, DC
- Meyer, Hinnerk*, Dr. phil., Lehrer im Vorbereitungsdienst; Lehrbeauftragter Stiftung Universität Hildesheim
- Segers, Mathieu*, Dr. phil., Dozent für Internationale Beziehungen und Europäische Integration am Historischen Institut der Universität Utrecht
- Stappacher, Burkard*, Dr. rer. soc., Leiter Referat VI – Studienförderung, Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; Honorarprofessor an der Universität zu Köln